

**Große Kreisstadt Backnang**  
**Gemarkung Backnang**

**ERGÄNZENDER ABWÄGUNGSVORSCHLAG**  
**ZUM BEBAUUNGSPLANENTWURF „UNGEHEUERHOF SÜD“**

Neufestsetzung im Bereich „Flurstück Nr. 59“.

**Planbereich 07.10/1**

---

Stellungnahme zu den nach Ablauf der Auslegungsfrist (§3 Abs. 2 BauGB) eingegangenen Anregungen.

G e f e r t i g t: Backnang, 18.07.2019  
Stadtplanungsamt

gez. Großmann

Anregungen Bürger 3 (Email vom 17.07.2019)	Stellungnahme
<p style="text-align: right;">Backnang, 24.09.2018</p> <p>██████████</p> <p><b>An den Oberbürgermeister der Stadt Backnang</b></p> <p><b>und die Fraktionen der CDU, Die GRÜNEN, SPD und Bürgerforum im Gemeinderat der Stadt Backnang</b></p> <p><b>Beschwerde</b> gegen das Bauvorhaben der Fa. URBAN an der Weissacher Str. Ecke Ungeheuerhof.</p> <p><b><u>Sachverhalt</u></b></p> <p><b>1. Geplanter Bau eines neuen Geschäftsgebäudes mit Teststrecke der Fa. URBAN an der Weissacher Str. Ecke Ungeheuerhof</b></p> <p>der Technik- und Umweltausschuss hat dem Bauantrag der Fa. URBAN für neue Gewerberäume mit Teststrecke an der Weissacher Straße - Abzweig Ungeheuerhof zugestimmt. Osman Keles war bei der Abstimmung anwesend und hat beobachtet, dass Herr Härtner von der Partei DIE GRÜNEN weder für den Antrag noch dagegen gestimmt, noch sich enthalten hat. Trotzdem gilt die Abstimmung als <i>einstimmig</i>.</p> <p>Aus der Entscheidung des Ausschusses wird deutlich, dass der Gemeinderat weiterhin nicht umdenkt und dem fortschreitenden Flächenverbrauch in Backnang und Umgebung entgegenwirkt. Eine Entscheidung über die Flächennutzung, die vor mehr als 10 Jahren getroffen wurde, bedarf vor dem Hintergrund der dramatischen Bedrohungen durch den Klimawandel einer kritischen Überprüfung.</p> <p>Die Verantwortung gegenüber den berechtigten Interessen der Bevölkerung, insbesondere der kommenden Generationen, erfordert, dass der Oberbürgermeister und die Fraktionen im Gemeinderat die, in diesem Fall mehr als fragwürdigen Interessen des Unternehmens prüfen, denn der Gemeinderat ist dem nachhaltigen Schutz von Umwelt und Natur im Rahmen des Gemeinwohls verpflichtet.</p> <p>Die beabsichtigte Investition wirft folgende Probleme für die Umwelt und die Stadt Backnang auf:</p> <p style="text-align: right;">1</p>	<p>Der Ausschuss für Technik und Umwelt hat in seiner Sitzung vom 21.02.2019 die Auslegung des Bebauungsplanentwurfs „Ungeheuerhof Süd“ vorberaten und zur Beschlussfassung dem Gemeinderat empfohlen. Der Auslegungsbeschluss erfolgte am 28.08.2019 durch den Gemeinderat.</p>

Anregungen Bürger 3 (Email vom 17.07.2019)	Stellungnahme
<p>1. Durch die Bebauung wiederholt sich, was schon in katastrophaler Weise in den Lärchenäckern geschehen ist: Es geht erneut wertvolles Grünland in der Backnanger Bucht verloren. Das Verkehrsaufkommen in Stadtrandlage wird weiter gesteigert, womit Landnahme und Schadstoffbelastungen weiter gesteigert werden.</p> <p>2. Obwohl die bisherigen Geschäftsräume der Firma an der B14 groß sind und günstig liegen, also kundenfreundlich sind, soll dringend benötigtes Grünland bebaut werden, weil die Fa. URBAN in Konkurrenz steht mit der Fa. Boards n´ Bikes. Die Fa. URBAN will durch Neubau der Geschäftsräume <i>in der selben Straße</i> und vor allem mit dem Bau einer <b>TESTSTRECKE</b> der Fa. Boards n´ Bikes Konkurrenz machen. Diese Ziele und Absichten sind rein geschäftsorientiert und stehen nicht im Einklang mit den Interessen der Bürger der Stadt Backnang.</p> <p>3. Das Vorgehen des Unternehmens mit Billigung des Gemeinderats auf Kosten von Umwelt und Natur ist nicht zeitgemäß, weil sie die Erkenntnisse der Wissenschaft hinsichtlich Klima – Umwelt – Flächenverbrauch missachtet. Das Bauvorhaben berücksichtigt nicht die Interessen der nachfolgenden Generation.</p> <p>4. Die Randlagen der Stadt Backnang werden im Interesse der Wirtschaft ausgebeutet und beschädigen weiter das ohnehin labile Gleichgewicht zwischen Stadt und Land.</p> <p><b><u>Bewertung</u></b> Die Verwaltung der Stadt Backnang scheint im Verein mit bestimmten Unternehmen entschlossen zu sein, die Warnungen von Wissenschaftlern und Zivilgesellschaft, ein Umdenken im Verhältnis von Wirtschaft und Politik einzuleiten, nicht zu beachten. Die Entscheidungen des Oberbürgermeisters der Stadt Backnang, des Stadtplanungsamts, des Baurechtsamts und des Wirtschaftsdezernats verstoßen gegen den Umweltschutz und sind nicht zeitgemäß. Die umfassende Landnahme für Gewerbegebiete ist eine Umweltsünde, die zu Lasten der nachfolgenden Generation geht und den Ruf der Stadt schadet.</p> <p>Die Stadt Backnang wurde bereits wegen zu hoher Schadstoffbelastung verklagt und es liegen weitere Beschwerden seitens des Landes vor. Viele Gemeinden verhalten sich anders und rufen den Klimanotstand aus. In</p> <p style="text-align: right;">2</p>	<p>Bei dem als wertvolles Grünland bezeichneten Plangebiet handelt es sich um eine Ackerfläche, die intensiv landwirtschaftlich genutzt wird und die als ausgeräumte Landschaft mit sehr geringer Artenvielfalt zu bewerten ist.</p> <p>Deshalb ist es grundsätzlich richtig, dass durch die geplante Errichtung eines Fahrradfachmarktes bisher landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen teilweise versiegelt werden. Dies wirkt sich negativ auf Umweltbelange aus. Im umfangreichen Umweltbericht zum Bebauungsplan wird belegt, wie diese Eingriffe ausgeglichen werden. Gegenüber der bisherigen monofunktionalen Nutzung als Acker werden Teile des Grundstücks durch Pflanzung von Bäumen, anlegen einer Feldhecke und von Wiesen naturschutzfachlich aufgewertet und damit die Eingriffe ganz überwiegend auf dem Grundstück ausgeglichen. Die auf dem Baugrundstück nicht ausgleichbaren Eingriffe werden über eine externe Maßnahme der Flächenagentur Baden-Württemberg nach deren Standards ausgeglichen. Die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen wurden von der Unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt Rem-Murr-Kreis geprüft und akzeptiert.</p>

Anregungen Bürger 3 (Email vom 17.07.2019)	Stellungnahme
<p>Konstanz und vielen anderen Städten unterstützen die Einwohner das Vorgehen der Stadt.</p> <p>Es ist der Politik des Gemeinderats Backnang anzulasten, dass bezüglich der Umweltlasten falsche Entscheidungen getroffen werden und die verheerenden Auswirkungen der Bebauung für die Zukunft der kommenden Generationen nicht berücksichtigt.</p> <p>Das Verhalten der Stadtverwaltung lässt zudem erkennen, dass sie die Interessen der Wirtschaft höher bewertet als die Interessen der Allgemeinheit. Die Verwaltung ist aber im Interesse des Allgemeinwohls zur Neutralität verpflichtet. Die zahlreichen Fälle der Bebauung von Grünflächen (Lerchenäcker, Stadtrand Süd / Heiningen) zeigen vielmehr, dass die Stadtverwaltung und ihre Beamten ihre Pflichten vernachlässigen, die darin bestehen, die Interessen der Bürger zu schützen, indem sie Schaden von Umwelt und Natur abwenden.</p> <p>Die eventuelle Behauptung des Unternehmens URBAN, dass im Interesse der arbeitenden Menschen Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden, ist als Schutzbehauptung zu bewerten, die schon lange nicht mehr den komplexen Problemen in Wirtschaft und Gesellschaft entspricht. Eine Politik von gestern kann die Probleme von morgen nicht lösen.</p>  <p style="text-align: center;">3</p>	<p>Es ist auch im Interesse der Stadt und ihrer Bürger, dass seit langem ortsansässige Unternehmen die Möglichkeit geboten bekommen, sich bei erfolgreicher Entwicklung zu vergrößern. Damit leistet das Unternehmen auch einen Beitrag zur Attraktivität der Stadt als Wirtschafts- und Einzelhandelsstandort.</p> <p>Da eine Vergrößerung des Unternehmens am bisherigen Standort aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht möglich ist, ist der im Regionalplan und Flächennutzungsplan abgesicherte Standort für großflächigen Einzelhandel zwischen der Weissacher Straße und der Gemeindeverbindungsstraße zum Ungeheuerhof der einzig planerisch mögliche Standort in Backnang.</p> <p>Mittels eines Einzelhandelsgutachtens wurde das Projekt in Bezug auf seine Auswirkungen auf den Verflechtungsbereich des Mittelzentrums bewertet und für verträglich befunden. Dies wurde auch vom Verband Region Stuttgart entsprechend bestätigt.</p> <p>Aufgrund der Überschreitungen der Messstelle Eugen-Adolf-Straße hat das Land Baden- Württemberg für die Stadt Backnang einen Luftreinhalteplan erstellt. Dieser enthält ein Bündel an Maßnahmen zur kurzfristigen Reduzierung der Schadstoffbelastung in belasteten innerstädtischen Bereichen. Die am zukünftigen Standort der Firma verkauften Produkte dienen darüberhinaus der Förderung der nachhaltigen Mobilität einer stetig wachsenden Nachfrageseite und bilden damit einen wichtigen Baustein zur Erreichung der in Luftreinhalteplan beschriebenen Ziele.</p>

